

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/105: 18.11.2000 – 29.01.2001

18.11.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 18. November 2000 (x887/...):

>>**Torheiten der Epoche**

Über intellektuelle Sympathisanten

Die intellektuelle Grundtorheit vieler Zeitgenossen besteht darin, nicht erkennen zu wollen, daß der Totalitarismus des zu Ende gegangenen Jahrhunderts seine verheerenden Folgen in zweierlei Gestalt über die Menschheit brachte: als Kommunismus und als Nationalsozialismus. Beide totalitären Ideologien wollten in ihren jeweiligen Machtbereichen gleichermaßen die Menschen nicht nur ihrem politischen Diktat unterwerfen, sondern sie auch mit Gewalt und Verführung dazu bringen, dem roten oder braunen ideologischen Leitbild aus innerem Antrieb zu folgen, um die Welt im Sinne dieser Ideologie zu "erlösen".

Zugleich wurden Menschen, die gemäß der ideologischen Leitbilder zu "Feinden" erklärt wurden, brutal und rücksichtslos durch "Rassenkampf" und "Klassenkampf" vernichtet oder vertrieben.

Beide Ideologien standen sich als Feinde gegenüber, was sie nicht hinderte, dann zusammenzuarbeiten, wenn es ihnen für ihren eigenen Herrschaftsanspruch nützlich erschien. Beide Ideologien strebten nach der Ausdehnung ihrer Herrschaftsbereiche. Der Kommunismus kämpfte "für den Frieden", der erst "mit dem Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt" erreicht sein sollte. Allein die Verteidigungsbereitschaft "des Westens", zu der die Bundesrepublik Deutschland einen nicht unwesentlichen Teil beitrug, machte für die Kommunisten das Risiko eines dritten Weltkrieges zu groß, um es einzugehen.

Stéphane Courtois hat im Schwarzbuch des Kommunismus den vielen Millionen Opfern der Gewaltausübung beider Ideologien ein Denkmal gesetzt, das erschauern läßt und die Behauptung von "humanen" Motiven in beiden totalitären Ideologien zur Opferlästerung macht. Gerade das aber tun manche Zeitgenossen mit Blick auf sogenannte "kommunistische Intellektuelle."

So zeigt sich Kurt Sontheimer bei seiner Besprechung des Buches von Gangolf Bübinger und Thomas Hertgelder "Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik" (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 2000) in der Frankfurter Allgemeinen (FAZ) "überrascht", daß es im Dienste des "Dritten Reiches" Intellektuelle gegeben haben soll, "wo doch der herrschende Totalitarismus die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit ausgelöscht und jede öffentliche Diskussion, die dem Regime schaden konnte, unterdrückt hatte".

Folgt man Sontheimer, daß ein "Rest an Humanität dem Intellektuellen innewohnen" muß, "wenn der Begriff nicht völlig entwertet werden soll", dann ist der von ihm im selben Beitrag verwendete Begriff "kommunistische Intellektuelle" ein Widerspruch in sich. Für Sontheimer ist es hingegen "unannehmbar, die geistigen Beweihräucherer des NS-Staates als Intellektuelle zu bezeichnen". So weit, so gut. Doch wie steht es dann mit den geistigen Wegbereitern, Apo-

logeten und Beweihräucherern des kommunistischen DDR-Staates?

Der in der FAZ von Sontheimer als "Großintellektueller" (hoffentlich ein Druckfehler!) bezeichnete Maximilian Harden, der als radikaler Sozialist endete, schrieb über den "unersetzlichen" Sowjetrevolutionär Lenin: "... (Iljitsch war) Vater, Bruder, Freund, Wächter, Lehrer in einer Person, und unzähligen, bis in Asiens dunkelste Tiefe, das Leuchtfeuer ihres Hoffens. Blättert im Buch der Geschichte: wann, wo, wie oft war solches?"

Über Stalin erklärte der Schriftsteller Willi Bredel im Exil unter "großem Beifall": "Unter Stalins Führung gaben sich die Völker der großen Sowjetunion eine Verfassung, die wahrhaft freieste und beste, die die Welt bisher gekannt ... Unter Stalins Führung marschierten 170 Millionen, ein Bund freier Völker, als erste in der Geschichte der Menschheit einer sozialistischen, klassenlosen Gesellschaft entgegen ..."

Die dem Verdikt Sontheimers nicht unterworfenen "kommunistischen Intellektuellen" haben sich, wie Konrad Löw mit zahlreichen Zitaten feststellt ("Bis zum Verrat der Freiheit, München 1993), als "Lakaien des Despotismus" erwiesen, mit denen die Sowjetunion wie die DDR Staat machen konnten. In der Demokratie hingegen, so Löw, "treten sie als Hofnarren auf, die Liebediener Stalins als Scharfrichter des Rechtsstaats".

Sontheimer war offensichtlich vor zehn Jahren einsichtsvoller als heute. Fragte er doch damals im "Rheinischen Merkur" unter der Überschrift "Real war nur der schöne Schein" selbstkritisch, ob Wissenschaft und Medien bei uns den wirklichen Zustand der DDR verschleiern haben.

Sontheimer bekannte auch eine "vage Sympathie für alles Sozialistische", und hierin mag der Grund dafür liegen, den kommunistischen Totalitarismus freundlicher zu behandeln als den nationalsozialistischen und damit selbst jener intellektuellen Grundtorheit zu verfallen, die, getragen von einer selektiven Moral, zu einer Gefahr für Freiheit zu werden vermag.<<

21.11.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. November 2000: >>Jeder fünfte EU-Soldat kommt aus Deutschland

Europäische Union stellt Eingreiftruppe von 100.000 Mann zusammen

... Die Bundeswehr wird rund 20 Prozent dieser europäischen Eingreiftruppe stellen. ... Wir sind auf dem guten Weg, aber noch nicht am Ziel", sagte Scharping. ...

Weder stehen Lufttransportmittel zur Verfügung, noch hat die EU die notwendige Fähigkeit zur Aufklärung. Selbst die Kommunikation und die technische Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften läßt zu wünschen übrig. ... Die EU-Staaten seien jedoch dabei, die Lücken zu schließen, die bisher verhindern, daß die europäischen Streitkräfte allein Aufgaben der Krisenbewältigung übernehmen können.

Mit dem Bau eines Airbus-Militärtransporters und mit dem geplanten gemeinsamen Lufttransportkommando seien Deutschland, Frankreich und die Niederlande auf dem Weg, die Defizite zu beheben, sagte Scharping.<<

Belgien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. November 2000: >>EU hilft mit Milliarden

Die Europäische Union hat eine Milliardenhilfe für den Balkan beschlossen und will den seit dem Zerfall des alten Jugoslawiens weitgehend isolierten Ländern langfristig eine Perspektive für die Mitgliedschaft anbieten. Das beschlossen die EU-Außenminister auf einer Ratstagung in Brüssel. Der Aufbau in der Region soll bis 2006 mit 4,6 Millionen Euro unterstützt werden. ...<<

27.11.2000

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. November 2000: >>Militär bleibt unangetastet

Die Bevölkerung der Schweiz hat sich bei einer Volksabstimmung am Sonntag mit klarer

Mehrheit gegen die drastische Senkung der Militärausgaben ausgesprochen. Knapp 2 Drittel lehnten den Vorstoß der Sozialdemokraten ab, das Armeebudget um umgerechnet 2,3 Milliarden Mark jährlich zu senken und das Geld in die Friedenssicherung und Entwicklungshilfe zu investieren. Die Schweiz hat gemessen an der Einwohnerzahl eine der größten und teuersten Armeen der Welt.<<

28.11.2000

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. November 2000: >>**Beamtentum abgeschafft**

Bei einer Volksabstimmung votierte eine Mehrheit von 67 % für ein neues Personalrecht, daß das alte Beamtenengesetz ablöst. Damit werden für die 105.000 Beschäftigten der Bundesverwaltung, der Post und der Schweizerischen Bundesbahnen der Beamtenstatus abgeschafft und Elemente des Leistungslohns eingeführt. ...<<

November 2000

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHE" Nr. 11/12 – 2000 berichtet im November/Dezember 2000 über das Buch "Third Way" des englischen Journalisten Michael Chapman (x853/...): >>"**Der Dritte Weg" - Sozialisten kontrollieren die EU**

"Keiner kann gleichzeitig ein aufrichtiger Katholik und ein wahrer Sozialist sein."

(Papst Pius XI.)

Die Europäische Union (EU) versucht, einen Überstaat zu schaffen, basierend auf einem "Dritten Weg", einer Mischung aus Kapitalismus und Sozialismus.

Dieser "Mittlere Weg", auch als Interventionismus bekannt, bedeutet, daß die Regierung die Wirtschaft und die Kultur durch exzessive Regulierungen und Steuern kontrolliert. Nennen wir es Sozialismus "leicht".

Viele der Regelungen des "Dritten Weges" in der EU und die Menschen, die sie machen, widersprechen jedoch der Lehre der katholischen Kirche. Sie sollten somit gut im Auge behalten werden; denn Europa, einst die Wiege der Christenheit, bringt eine mächtige Kultur des Todes hervor.

Die kürzlich vom Europäischen Parlament verabschiedete Resolution zugunsten homosexueller "Ehen" und andere todbringende Politik "werden die westeuropäischen Länder und deren Völker in die Selbstzerstörung treiben", sagte Pater Richard Welch, Präsident von Human Life International. "Da dies alles gegen Gott und seine Gebote ist, stirbt der Glaube. Dies ist der schreckliche Spielplan des Todes."

Der "Dritte Weg" ist selbstzerstörerisch - in Europa und überall, wo er beschritten wird. Preiskontrollen bei der Gesundheitsvorsorge ... z.B. führen zu einer Rationierung des Gesundheitsdienstes. Oder betrachten wir es so: Für Teenager wird die Empfängnisverhütung als "Dritter Weg" verkauft zwischen denen, die Enthaltensamkeit befürworten und denen, die sexuelle "Freiheit" betreiben. Das wird als "Dritter Weg" zwischen Extremen angesehen.

Aber die Verhütung löst das Problem nicht; sie macht es schlimmer. Dann kommen die Befürworter des "Dritten Weges" mit weiteren Regelungen wie Abtreibung und Sterilisation (und weiteren Steuern), um dem Problem zu begegnen, das sie selbst verursacht haben. Und danach wird es noch schlimmer.

Es ist ein selbstzerstörerischer Teufelskreis, und es spielt keine Rolle, ob sich die Politik der Geburtenkontrolle, der "Rechte" der Homosexuellen, des Freihandels, der Gesundheit, Wohlfahrt oder Entwicklungshilfe annimmt. Der Interventionismus verzerrt die freiwillige Zusammenarbeit zwischen Menschen und Nationen, verschlimmert die Probleme und verschafft den "Dritte-Weg-Bereitern" ironischerweise eine Entschuldigung für noch mehr Regelungen, weitere Geldausgaben und den Ausbau der Bürokratie.

Das leitende Organ der EU, die Kommission, wird von Beamten der 15 Mitgliedstaaten gebildet und umfaßt derzeit 21 Kommissare.

Die Kommission überwacht mehr als 17.000 Bürokraten, gibt jährlich etwa 100 Milliarden Dollar aus und erläßt Tausende von Regelungen, welche die 376 Millionen Bürger betreffen. Das EU-Hauptquartier befindet sich in Brüssel, Belgien, in einem neuerbauten 1,2 Milliarden Dollar teuren Gebäude. Die EU-Währung, der Euro, entspricht in etwa dem Dollar. (Zum besseren Verständnis der enormen Größe der EU wird auf die Webseite verwiesen: www.europa.org.)

Sollte ein Mitgliedsstaat wie Deutschland seinen Anteil an "EU-Hilfe", d.h. Zuwendungen, einfordern, muß es sich nach der EU richten. Wer die Kapelle bezahlt, bestimmt die Musik. ...

Europa hat den sozialistischen Weg beschritten

Im vergangenen Jahr sagte die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher vor dem britischen Oberhaus: "Fast alle europäischen Staaten außer Spanien werden sozialistisch regiert. Die Sozialisten haben dies alles erreicht unter der Maske der Mäßigung. Dies kennzeichnet deren neuer Zugang als Dritten Weg. Doch leider führt dieser Dritte Weg nirgendwohin."

"Statt Verstaatlichung erreichen die neuen Utopisten den gleichen Sozialismus, indem sie zahllose Vorschriften einführen und alles, was sie können, kontrollieren. Die Kontrolle ist in der Europäischen Union allgegenwärtig, dafür gibt es eine Fülle von Vorschriften."

Diese verursachen zusätzliche Kosten, die auf Erzeuger und Verbraucher abgewälzt werden, was letztlich zu Arbeitslosigkeit führt, meint Thatcher. Die Arbeitslosenquote in den 15 Mitgliedsstaaten der EU beträgt im Durchschnitt 9 %. In Frankreich sind es mehr als 15 %. Im Vergleich dazu beträgt die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten 4 % und auf einigen Sektoren nur 2,3 %.

Die EU-Arbeitslosenquote sei der "wunde Punkt der industrialisierten Welt", sagte der Autor und Finanzanalytiker William Rees-Mogg.

Aber wenn der "Dritte Weg" der EU Arbeitslosigkeit verursacht, dann anscheinend auch Korruption - das Ergebnis eines politisch-ökonomischen Systems, das auf Zwang und Umverteilung der Einnahmen beruht. So sind im vergangenen Jahr alle 20 Mitglieder der Europäischen Kommission, dem zugleich gesetzgebenden (legislativen) und ausführenden (exekutiven) Organ der EU, zurückgetreten. Viele der Kommissare, die ernannt, nicht gewählt werden, haben Verschwendung und Betrug toleriert oder waren an Korruption und Mißmanagement, Vettern- und Günstlingswirtschaft und massiver Geldverschwendung bei EU-Hilfsprogrammen beteiligt.

... Eine der am meisten kritisierten Kommissare ist Edith Cresson, eine Sozialistin. Die 20 neuen Kommissare sind, mit wenigen Ausnahmen, Sozialisten. Die meisten von ihnen haben niemals wirklich in der freien Wirtschaft gearbeitet oder ein eigenes Geschäft geführt. Sie haben entweder an steuerfinanzierten Universitäten oder in Regierungen gearbeitet.

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Neil Kinnock ist auch Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, einer neomarxistischen Gruppierung, die Verhütung, Abtreibung, Homosexualität und eine Menge anderer lebensfeindlicher Praktiken unterstützt. Kinnock ist auch ein langjähriges Mitglied der linksgerichteten Labour Party. Nach dem Verlassen der Hochschule in den 60er Jahren hat er bei verschiedenen Dienststellen der britischen Regierung gearbeitet.

Der Präsident der Europäischen Kommission Romano Prodi ist nach der Hochschule in die Akademie eingetreten. Seine weitere Karriere bei der Regierung begann in den späten 70er Jahren. Prodis politische Richtung ist Mitte links. (Prodi ist praktizierender Katholik und Kommunist. Die Bezeichnung "Mitte Links" ist noch verharmlosend.)

Der Kommissar Erkki Liikanen aus Finnland kam 1972 direkt von der Hochschule zur Regierung, er ist Sozialdemokrat. (Treffender wäre die Bezeichnung Sozialist)

Der belgische Kommissar Philippe Busquin ist Philosoph, der auf dem Gebiet "ökologische

Führung" spezialisiert ist. Er begann seine Laufbahn als Lehrer und gehörte der Regierung seit 1977 an. Er diente 1992 der Sozialistischen Partei als Präsident und von 1995-97 der Europäischen Sozialistischen Partei als Vizepräsident.

Der deutsche Kommissar Günter Verheugen hat 1969 mit der Regierungsarbeit begonnen. Er ist im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und war 1997 Vorsitzender des Sozialistischen Internationalen Rates für Frieden, Sicherheit und Abrüstung.

Der französische Kommissar Pascal Lamy ist Mitglied der Sozialistischen Partei und langjähriger Bürokrat in der Regierung.

Der Ökonomie-Wissenschaftler Thomas DiLorenzo vom Loyola-College sagt: "Die große Mehrheit der Politiker, die der EU und der NATO vorstehen, sind Sozialisten."

Wie im HLI Report vom letzten Monat dokumentiert, baut die EU eine Kultur des Todes auf und unterstützt antichristliche Gedanken und Praktiken. Dazu gehören:

Verhütung, Abtreibung, Euthanasie, Homosexualität und Sexualkunde, "Vielfalt" an Familienformen, Geburtenkontrolle und die International Planned Parenthood Federation (deren deutscher Zweig Pro Familia ist). John Klink, einer der UN-Spitzenunterhändler des Vatikans, bezeichnet die Tätigkeit der EU als "kulturellen Imperialismus", der auf die Zerstörung "der religiösen Überzeugungen aller andern" aus ist. Und der Ökonom und Autor Paul Craig Roberts betrachtet die EU als "Ergebnis von unbesonnenen Intellektuellen, die an ihrer Traumwelt bauen" und die, ob sie es wissen oder nicht, die Saat für künftige europäische Kriege säen".

Dies ist der selbstzerstörerische Pfad des "Dritten Wegs" – ein breiter Weg, dem die Vereinigten Staaten (und die Vereinten Nationen) in vieler Hinsicht folgen.<<

02.12.2000

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Dezember 2000:

>>**Schweiz verfolgte Sinti**

Sinti und Roma sind in der Schweiz systematische verfolgt, kriminalisiert und im Zweiten Weltkrieg an den Grenzen abgewiesen worden. Zu diesem Schluß kommt eine Historikerkommission um den Lausanner Professor Francois Bergier. ...

Die Schweiz habe als einer der ersten europäischen Staaten von 1906 an staatenlose und ausländische Zigeuner ab- und ausgewiesen. Sinti und Roma mit Schweizer Paß wurde teilweise die Wiedereinreise verweigert. Denen, die im Lande waren, wurden Kinder weggenommen, Jugendliche kamen in Erziehungsanstalten. Frauen wurden zwangssterilisiert. Die Schweizer Behörden hätten zwar gewußt, daß die Nazis Zigeuner verschleppten und Massenhinrichtungen anordneten, doch hätten sie die Menschen an der Grenze weiter abgewiesen, stellte Bergier fest.<<

06.12.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. Dezember 2000: >>"**Gegen Privileg für Aussiedler**"

Innenminister Heiner Bartling (SPD) lehnt ein Privileg für Spätaussiedler aus den Ländern der früheren Sowjetunion ab. Die Deutschen in Rußland und in den baltischen Ländern hätten in der Regel keine Benachteiligung wegen ihrer Volkszugehörigkeit mehr zu befürchten, hob Bartling hervor. Man müsse sie deshalb ebenso behandeln wie deutschstämmige aus Polen, Rumänien oder Ungarn, die schon seit 1993 ihre Benachteiligung im Einzelfall nachzuweisen haben. ...

Beobachtet werde nämlich seit einigen Jahren, daß die Zahl der Spätaussiedler sinkt, die der mitreisenden Angehörigen, die kein Wort deutsch sprechen können, jedoch stetig steigt.<<

07.12.2000

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Dezember 2000: >>**Deutsche und Polen erinnern an Willy Brandt**

Zum 30. Jahrestag der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages hat die Stadt Warschau am Mittwoch einen Platz nach dem ehemaligen deutschen Bundeskanzler "Willy-Brandt-Platz" benannt. Bundeskanzler Gerhard Schröder enthüllte anschließend zusammen mit dem polnischen Ministerpräsidenten Jerzy Buzek ein Denkmal auf dem Gelände des früheren jüdischen Gettos, daß den Kniefall Brandts vom 7. Dezember 1970 darstellt.

Schröder nannte Brandts Geste einen "Schritt, zu dem nur wirklich große Menschen in der Lage sind". Der Kniefall sei zum Symbol geworden, die Vergangenheit als Verpflichtung zur Versöhnung anzunehmen.<<

08.12.2000

Österreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Dezember 2000: >>**Anti-EU-Volksbegehren**

In Österreich ist ein Volksbegehren gegen die Europäische Union erfolgreich gewesen. ... Die EU-Gegner verlangen eine neue Abstimmung über die EU-Mitgliedschaft Österreichs. Da das Volksbegehren von mehr als 100.000 Wählern unterstützt wurde, muß sich der Nationalrat (Parlament) Anfang nächsten Jahres mit diesem Thema befassen.<<

13.12.2000

Japan: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Dezember 2000: >>**Als der Gottkaiser den Frauen die Würde nahm**

Ein Tribunal verurteilt Japan wegen Zwangsprostitution

Wan Aihua war 19 Jahre alt, als japanische Soldaten sie beim Wäschewaschen an einem Fluß in der chinesischen Shanxi-Provinz entdeckten. Die Soldaten der Kaiserlichen Armee Nippons, die das große Nachbarland vor dem Zweiten Weltkrieg okkupiert hatten, machten sich einen Spaß daraus, die junge Chinesin zu jagen, Dann fesselten sie das Mädchen und hängten es in einem Käfig an den Armen auf. 20 Tage lang wurde Wan Aihua in dem Käfig immer wieder vergewaltigt. Als sie zu fliehen versuchte, prügelten die Soldaten sie fast zu Tode und setzten sie wie ein Stück sterbendes Vieh aus. ...

Am Wochenende hat Wan Aihua ihre Geschichte vier Richtern eines symbolischen Kriegsverbrechertribunals in Tokio erzählt - stellvertretend für rund 200.000 asiatische Frauen, die vor und während des Zweiten Weltkrieges in den japanisch besetzten Ländern zur Prostitution gezwungen wurden. ...

(Richterin Gabrielle Kirk) McDonald (ehemalige Präsidentin des UN-Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag) forderte Japan auf, die Verbrechen umfassend aufzuklären und sich bei den überlebenden Frauen zu entschuldigen. Sie müßten auch Entschädigungen erhalten. Die Vereinten Nationen und andere Staaten sollten darauf dringen, daß Japan diesen Verpflichtungen nachkomme.

Damit widersprach das Tribunal der in Japan gängigen Auffassung der Gerichte, daß die Verbrechen verjährt seien und Einzelpersonen keine Entschädigung einklagen könnten. "Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nicht, und Friedensverträge können keine Klagen von Individuen ausschließen", sagte McDonald.

... Jetzt verlangt das Tribunal, daß Tokio die ungesühnten Verbrechen mit aller Offenheit aufklärt, Schuldige beim Namen nennt und sicherstellt, daß sich solche Verbrechen im Namen Nippons nicht wiederholen können. Dazu gehöre auch eine sachlich richtige Darstellung der Geschehnisse in den Schulbüchern und die Errichtung eines Museums, in dem diese Greuel angemessen dokumentiert werden.

Drei Tage lang hatten Opfer aus 9 Staaten und internationale Experten ausgesagt. 78 ehemalige Zwangsprostituierte, die heute in hohem Alter sind, waren nach Tokio gereist. Materielle Entschädigung werden die Opfer wohl nicht bekommen. Wan Aihua erwartet das auch nicht. "Wir werden bald sterben. Aber wir möchten unsere Ehre und Würde wieder herstellen und zumindest soziale Gerechtigkeit bekommen."

Wie Wan haben sich die meisten geschändeten Frauen jahrzehntelang geschämt, ihre Erlebnisse zu erzählen und öffentlich zu machen. Dann brachen drei Koreanerinnen 1991 das Tabu und verlangten von der japanischen Regierung Schmerzensgeld für brutale Vergewaltigungen sowie für erzwungene Sexdienste in Bordellen der Kaiserlichen Armee. Darauf meldeten sich immer mehr Betroffene, riefen japanische und internationale Frauenbewegungen die zumeist schüchternen Frauen auf, ihre Schicksale anzuprangern und Gerechtigkeit zu fordern. ...<<

16.12.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 16. Dezember 2000 (x887/...):

>>**Schröder als Anwalt Polens**

Kanzler-Besuch in Warschau

Wo bleibt der Kniefall vor den deutschen Vertriebenen?

Am 7. Dezember 1970 kniete der damalige Bundeskanzler Willy Brandt in Warschau vor den jüdischen Toten des Warschauer Ghetto-Aufstandes nieder. Eine Geste, die angeblich wesentlich, so will es jedenfalls die offizielle Geschichtsschreibung, zur Rehabilitierung Deutschlands in der Welt beigetragen haben soll. Willy Brandt damals wörtlich:

"Die Last der jüngsten deutschen Geschichte ist enorm. Hiermit tue ich, was Menschen tun, wenn Worte versagen. So gedenke ich der Millionen Ermordeter."

Dieses denkwürdige Ereignis liegt inzwischen 30 Jahre zurück. Bundeskanzler Schröder nahm diesen Jahrestag zum Anlaß, nach Polen zu reisen, um zusammen mit dem derzeitigen polnischen Ministerpräsidenten Buzek ein Denkmal für den Kniefall des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers einzuweihen. Mit seinem Kniefall vor dem Warschauer Ghetto-Denkmal habe sich Brandt, so Schröder, zur Verantwortung für die von Deutschen begangenen Verbrechen bekannt. "Dieses Bild des knienden Willy Brandt ist zum Symbol geworden", betonte Schröder. "Zum Symbol dafür, die Vergangenheit anzunehmen und sie als Verpflichtung zur Versöhnung zu begreifen."

Der Bundeskanzler erinnerte in seiner Rede an das Leid der polnischen Bevölkerung unter der nationalsozialistischen Besatzung, aber auch an das Leid der Deutschen, die nach 1945 Opfer von Flucht und Vertreibung wurden. Mit Brandts Politik der Entspannung und der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als der Westgrenze Polens habe dieser, so Schröder weiter, den kommunistischen Diktatoren jeden Vorwand entrissen, mit dem Schreckensbild eines deutschen Revanchismus "die Unterdrückung ihrer eigenen Völker zu rechtfertigen".

Weiter sagte Schröder die deutsche Unterstützung der polnischen Interessen und die der anderen Beitrittskandidaten bei der EU-Osterweiterung zu. Deutschland werde, so Schröder wörtlich, als "Anwalt der Beitrittskandidaten" auftreten. Der EU-Beitritt Polens sei ein "Gebot historischer Gerechtigkeit".

Die Bundesrepublik Deutschland trat also in Nizza als Sachwalter der Interessen eines Staates auf, dessen Repräsentanten sich bis heute weigern, sich klar und unmißverständlich für eines der größten Verbrechen in der Menschheitsgeschichte zu entschuldigen: für die Austreibung und Ermordung von Millionen von Deutschen aus dem Osten Deutschlands. Auch dies gehörte zwingend zum "Gebot der historischen Gerechtigkeit," von dem Bundeskanzler Schröder gesprochen hat.

Diese "Gerechtigkeit" geböte es weiter, nicht nur die deutsche, sondern auch die polnische Verantwortung für begangene Verbrechen beim Namen zu nennen. Viele dieser Verbrechen, und dies verdient besondere Erwähnung, sind überdies nach Kriegsende begangen worden. So schrieb z.B. der britische Philosoph Bertrand Russell im Oktober 1945 in der Londoner Zeitung "Times":

"In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem ungeheuren Ausmaß durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen ... Das gilt nicht als Kriegsakt, sondern als Teil einer bewußten Friedenspo-

litik."

Es waren insbesondere polnische Milizen, die sich bei den Vertreibungsverbrechen gegen Deutsche ganz besonders "hervorgetan" haben. Eine von der Bundesregierung eingesetzte wissenschaftliche Kommission stellte zu diesen Milizen fest, daß diese den Deutschen mit "einem ausgeprägten Deutschenhaß" begegneten. Kennzeichen dieser Milizen war "ein wahrer Sadismus in der Erfindung von Grausamkeiten und sonstigen Erniedrigungen".

Beim Namen genannt werden muß auch der polnische staatliche Sicherheitsdienst, der Konzentrationslager für Deutsche errichtete. Von diesen erfuhr eine breitere deutsche Öffentlichkeit erst im Jahre 1995, als die deutsche Ausgabe des 1993 in den USA erschienenen Buches "One Eye for one Eye" des jüdischen Autors und ehemaligen Kriegskorrespondenten der CBS, John Sack, zur Debatte stand.

Bezeichnend ist, daß alle gedruckten Exemplare dieses Buches, das der Piper-Verlag in München veröffentlichen wollte, eine Woche vor Druckbeginn vernichtet wurden. Rund 1.250 Lager unterhielt nach Sack der staatliche polnische Sicherheitsdienst. Zwanzig bis fünfzig oder mehr Prozent der Insassen starben an Krankheit, Hunger oder unfaßbaren Greueln. Ihr "Verbrechen": Sie waren Deutsche.

Verbrechen wie diese belegen, daß es sich bei der Austreibung der Deutschen nicht nur um eine "Vertreibung" handelte, sondern um einen Völkermord, der systematisch betrieben wurde. Bis heute ist von den damaligen polnischen Tätern niemand zur Rechenschaft gezogen worden. Trotzdem soll Polen ohne weitere Vorbehalte nach dem Willen der deutschen Bundesregierung Mitglied der Europäischen Union werden, die ihrem eigenen Verständnis nach eine "Wertegemeinschaft" darstellen soll.<<

28.12.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Dezember 2000: >>**Rau fordert Beitrag zur Versöhnung**

Bundespräsident Johannes Rau hat den Mittelstand aufgerufen, sich an der Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter zu beteiligen. Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung, Otto Graf Lambsdorff, befürwortete, den Druck auf zahlungsunwillige Firmen zu erhöhen.

... In dem Schreiben Raus heißt es: "Es geht um einen kleinen Beitrag zur Versöhnung mit Menschen, die in ganz besonderer Weise Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geworden sind, es geht aber auch um das Bild Deutschlands in der Welt, und es geht um den guten Namen der deutschen Unternehmen im Ausland."

Staat und Wirtschaft hätten sich endlich zu ihrer gemeinsamen historischen und moralischen Verantwortung bekannt, schrieb Rau weiter. ...<<

29.12.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. Dezember 2000: >>**Brüssel will wegen BSE zwei Millionen Rinder töten**

Zwei Millionen Rinder sollen in den ersten 6 Monaten des kommenden Jahres in Europa getötet und in Abdeckereien entsorgt werden. Dies sieht ein sogenanntes Marktentlastungsprogramm vor, das die Europäische Union wegen der BSE-Krise verkündet hat, um die Talfahrt der Rindfleischpreise zu stoppen. In Deutschland müssen 400.000 Rinder sterben, davon 80.000 aus Niedersachsen.

Brüssel begründet die Aktion in einer Verordnung über "außerordentliche Stützungsmaßnahmen für den Rindfleischmarkt" mit dem Hinweis, neue BSE-Fälle hätten zu einem erheblichen Rückgang der Erzeugerpreise geführt. Jetzt müsse das Marktgleichgewicht wiederhergestellt werden. "Der beträchtliche Marktüberhang" solle durch eine "unschädliche Beseitigung der Tiere aus der Fleischerzeugung herausgenommen werden".

Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Uwe Bartels (SPD) befürchtet, das Vorhaben der EU könne als "gigantisches BSE-Vertuschungsprogramm mißbraucht" werden. Er pocht

deshalb darauf, daß sämtlicher Rinder, die in Niedersachsen getötet werden, vor der Entsorgung auf BSE getestet werden. ...<<

2000

BRD: Das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz wird im Jahre 2000 durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die sog. Energiewende zu fördern.

Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtet später über die Erneuerbare Energie und Kernenergie (x864/...): >>Erneuerbare Energien gegen Kernenergie?

Solarenergie und Windenergie fallen immer in geringer Konzentration und ungleichmäßig an. Der Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland muß allerdings stetig und zuverlässig gedeckt werden, auch wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Das bedeutet, daß bei der Nutzung von erneuerbaren Energien ein leistungsfähiger Energiespeicher erforderlich ist, der die benötigte Energie liefert, wenn keine erneuerbaren Energien vorhanden sind.

Dieser Energiespeicher ist bekannt, nämlich Wasserstoff, der durch Zersetzung von Wasser in seine Grundbestandteile Wasserstoff und Sauerstoff mit Hilfe von Strom aus Solarzellen oder Windrädern erzeugt werden kann. Denn die in Solarzellen oder mit Windrädern erzeugte elektrische Energie ist in der Lage, Wasser in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff zu zerlegen. Konkret heißt das: mit ca. 4,5 kWh elektrischer Energie kann man mit Hilfe von Elektrolyseuren aus etwa einem Liter flüssigem Wasser ca. einen Kubikmeter gasförmigen Wasserstoff und 0,5 Kubikmeter Sauerstoff erzeugen.

Diese Gase kann man speichern und bei Energiebedarf wieder rekombinieren lassen (Knallgasreaktion). Dabei wird die bei der Wasserzersetzung aufgewandte Energie zum großen Teil wieder gewonnen als thermische oder auch als elektrische Energie (letzteres in Brennstoffzellen). Es macht also keinen Sinn, Windräder oder Solarzellen zu entwickeln, wenn man sich nicht auch um die dazu passende Speichertechnik kümmert. Dies hat man in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten nicht in der notwendigen Weise getan, obwohl die Wissenschaft immer die Politiker darauf hingewiesen hat.

Das führt nun zu der absurden Tatsache, daß für 1.000 Megawatt installiert Windkraftleistung fast die gleiche konventionelle Kraftwerkleistung vorgehalten werden muß für den Fall eventueller Windflauten. Denn wenn die Windräder keine oder zu geringe Leistung abgeben, muß diese aus anderen zusätzlichen Kraftwerken kommen. Wenn diese nicht vorhanden sind, werden die konventionellen Kraftwerke überlastet, die dann nach ca. 30 Minuten wegen Überhitzung der Generatoren abschalten. Die Stromlieferung ist somit zu Ende und nicht einfach wieder in Betrieb zu setzen.

Umgekehrt weiß man bei Starkwind in Schleswig-Holstein nicht, wohin mit der erzeugten elektrischen Leistung. Denn wenn man den Strom direkt ins Netz einspeist, steigt dessen Spannung. Das führt schließlich dazu, daß die angeschlossenen Glühlampen und Geräte den Geist aufgeben. Natürlich könnte man mit dem erzeugten Strom sofort Wasser zersetzen und Wasserstoff erzeugen, den man speichern oder dem Erdgas zumischen kann.

Aber man tut es nicht! Vielmehr tut man etwas ganz Absurdes: man reduziert bei Starkwind die Leistung der konventionellen Kraftwerke (Kohle, Kernkraftwerke), die billigen Strom erzeugen, damit die Windräder ihren teuren Strom nach dem EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) ins Netz speisen können.

Seit ca. 1960 wurden von Wissenschaft und Technik in Deutschland Vorschläge gemacht, die Wasserstofftechnik für die Energieversorgung zu entwickeln. Dies ist hartnäckig von den politischen Entscheidungsträgern nicht zur Kenntnis genommen worden. Neben der Solar- und Windenergietechnik hätte die Wasserstofftechnik zügig entwickelt werden müssen, um zu

einem nachhaltigen und realistischen sowie wirtschaftlichen Energiesystem auf der Basis erneuerbarer Energien zu kommen. Wie schon erwähnt, ist dies nicht geschehen.

Die in Deutschland seit den 1980er Jahre laufenden experimentellen Wasserstoffprojekte zur Speicherung erneuerbarer Energien wurden seit den 1990er Jahren nicht mehr gefördert, obwohl sie erfolgversprechende Ergebnisse geliefert hatten. Beispiele sind die eingestellten Projekte an der Universität Stuttgart (Hysolar), das Solar-Wasserstoff-Bayern-Projekt in Neunburg vorm Wald, das Projekt bei der Fraunhofer-Gesellschaft in Freiburg, an der Fachhochschule Wiesbaden, bei verschiedenen Firmen. Es ist kaum etwas übrig geblieben von diesen vielfältigen zukunftsweisenden Entwicklungsaktivitäten.

Der Vorschlag, die Wasserstofftechnik zur Methanoltechnik weiterzuentwickeln, wurde von der Politik erst gar nicht angenommen. Da die Speicherung von gasförmigem Wasserstoff aufwendig und teuer ist, wurde vorgeschlagen, den mit erneuerbaren Energien erzeugten Wasserstoff mit Kohlendioxid reagieren zu lassen. Dabei entsteht Methanol, ein flüssiger Energieträger und Chemierohstoff, der leicht speicherbar ist und für den auch schon eine Speicherinfrastruktur besteht (z.B. Tankstellen).

Die Entwicklung breitbandiger Solarzellen hohen Wirkungsgrades wurde nicht vorangebracht. Ein ingenieurmäßiger realistischer Entwurf großer Wasserstoffsysteme zur Energieversorgung abgelegener Regionen mit Hilfe von erneuerbaren Energien und Wasserstoff fand nicht statt. Die Entwicklung zur Serienreife dieser für die landesweite Anwendung der erneuerbaren Energien unabdingbaren Techniken dauert Jahrzehnte. Welches die Gründe sind für die Ablehnung der Wasserstofftechnik durch die Politik, ist nicht nachvollziehbar, denn die erneuerbaren Energien ohne Speicherung sind in einem Industrieland wie Deutschland Unfug.

Vermutlich steckt dahinter die Absicht unserer Freunde aus der Londoner City, die deutsche Industrie zu vernichten bzw. ins Ausland zu treiben. Wegen der in den letzten Jahren begangenen Fehler der Energiepolitik wird darum kein Weg an der Nutzung der Kernenergie in den nächsten 30-40 Jahren vorbei führen. Nur so kann der Zusammenbruch unseres Sozialsystems verhindert werden. Die erneuerbaren Energien können beim jetzigen Stand der Technik den Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland nicht decken. Wenn das Speicherproblem gelöst ist, können sie einen größeren Anteil der Energieversorgung Deutschlands gewährleisten, aber nie 100 %.<<

2001

Ein Dutzend verlogener Komplimente ist leichter zu ertragen als ein einziger aufrichtiger Tadel.

Mark Twain, eigentlich Samuel L. Clemens (1835-1910, nordamerikanischer Schriftsteller)

27.01.2001

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 27. Januar 2001 (x887/...):

>>Die 68er und die klugen Köpfe

Legendenbildung einer radikalen Minderheit

Ein kluger Kopf soll hinter der Frankfurter Allgemeinen (FAZ) stecken, heißt es. Auf die Leser mag das in ihrer Mehrheit zutreffen. Kluge Leute denken konservativ, liberal, sind freiheitlich-demokratischen Werten verpflichtet und bejahen das staatliche Gewaltmonopol. Darum sind sie auch bedächtig abwägend, nicht impulsiv und ganz gewiß nicht bereit, auf den Putz zu hauen, kurz: sie sind vernünftige Zeitgenossen.

Hingegen sind kluge Köpfe in der Redaktion des FAZ-Feuilletons seltener als bei der Leserschaft. Hat dieses Feuilleton doch unlängst seine Seiten mit einer engagierten Verteidigung des Joseph Fischer aufgemacht. Florian Illies hat sie verzapft und darin zugleich versucht, die Kritiker Fischers gnadenlos herunterzuputzen. Diese Kritiker, so Illies, hätten im Bundestag "mit gnadenlosem Anständigkeitspathos" den Außenminister "für den Rest seines Lebens un-

ter Sittlichkeitsverdacht stellen wollen". Angesichts solcher Majestätsbeleidigung wurde dem Gutmenschen Illies "wirklich ganz sonderbar zumute."

Offenbar in diesem Zustand bemühte er Gottfried Benn, der gewußt habe, "daß es die Brüche sind, die Irrtümer, die Diskontinuitäten - und die Reflexion darüber - die einen Menschen und seinen Politiker ausmachen. Und seine Glaubwürdigkeit". Auf den konkreten Fall bezogen heißt das, daß der Steine werfende und randalierende Revoluzzer von 1968 "einen Menschen ausmacht", wenn er denn nur durch die Institutionen marschiert ist. Argwohn hingegen, so Illies, sei angebracht gegenüber den selbstgerechten Tugendwächtern, die aus "Langeweile und Mutlosigkeit eine moralische Legitimation ableiten" und über die sich der Herr Feuilletonist mokiert, weil sie ihre Karriere nicht in Straßenkämpfen, sondern in der Jugendorganisation einer demokratischen Partei begonnen haben.

Die konzertierte Aktion zur Legendenbildung durch eine Art Heiligsprechung der 68er läuft auf vollen Touren. Die Zielrichtung ist eindeutig. Fischer selbst hat sie im Bundestag angegeben, als er voller Selbstüberschätzung sagte: "1968 und das Folgende hat zu mehr Freiheit und nicht zu weniger Freiheit in diesem Lande geführt."

Derselbe Fischer hat nach eigenem Bekenntnis in den 70er Jahren die Schriften von Manès Sperber oder Solschenizyn, in denen die marxistische Realität entlarvt wurde, "sofort wieder weggelegt". Erst später will er sie dann "verschlungen" haben.

Die reale Gefahr für die deutsche und europäische Freiheit erwuchs aus der Ignoranz der 68er gegenüber dem vom hochgerüsteten Moskau gesteuerten real existierenden Sozialismus. In dem auf Atombomben gestützten "Kampf für den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt" waren die 68er hochwillkommen als "nützliche Idioten", ideologisch und materiell steuerbar, sowie verwendbar bei der Ablenkung von Freiheitsbestrebungen im kommunistischen Ostblock. So wurde die freie Universität in West-Berlin systematisch zum marxistischen Stützpunkt entwickelt, um Unruhe in die "Fronstadt" zu bringen, damit der Westen ihrer überdrüssig werde und die Kommunisten sie übernehmen könnten.

Im Kalten Krieg waren die 68er ein durchaus gefährliches trojanisches Pferd, angefüllt mit Klassenkämpfern, Halbgebildeten, die kluge Bücher "sofort wieder weglegten", Narren und solchen, die mit jugendlichem Übermut einfach nur auf den Putz hauen wollten. Zu mehr als zur Besetzung eines trojanischen Pferdes reichte es aber glücklicherweise schon von der Zahl her nicht.

Es gehört zur Legendenbildung um die 68er, wenn es heißt, es habe sich bei ihnen "um die damalige junge Generation" gehandelt. Es war "eine kleine radikale Minderheit" der Studenten und erst recht der gesamten jungen Menschen unseres Landes, die Mao-Bibeln schwenkend und mit Ho-Chi-Minh-Rufen im Sturmschritt über die Straßen hüpfen, die blutige kommunistische Diktatoren hochleben ließ und die Universitäten terrorisierten. Weit unter einem Prozent jener jungen Generation mochte dazu gehören, die jetzt von Fischer und Co. in Anspruch genommen wird.

Es war die "fehlende Massenbasis", die Deutschlands Freiheit rettete, nicht etwa die spätere bessere Einsicht einiger Revoluzzer. Insbesondere aber waren es die deutschen Erfahrungen mit allen Formen des real existierenden Sozialismus, des braunen rassistischen wie des roten marxistischen, die den Wahn der 68er stoppten.

Politisch überlebt hat ein Teil der Revoluzzer durch Annahme der Aufforderung Willy Brandts zum "Marsch durch die Institutionen" mit Hilfe der SPD, die strategisch geschickte Usurpation des Umweltschutzes und das Eindringen von K-Gruppen in die Grüne Partei.

Anfang der achtziger Jahre reichte es den Deutschen. Helmut Kohl versprach eine geistig-moralische Wende, was die Wähler als Auseinandersetzung mit den 68ern, ihren Mitläufern und ihren Helfershelfern verstanden. Doch diese Wende blieb aus. Im Gegenteil, mit Hilfe ihres Einflusses auf viele Medien haben sich die 68er (in freier Anlehnung an Bertolt Brecht)

"einfach ein anderes Volk erzogen", das es mittlerweile gewohnt ist, die Ereignisse in den sechziger und siebziger Jahren durch die Brille der damaligen "kleinen radikalen Minderheit" zu sehen.

Je mehr Medien an dieser Umerziehung leichtfertig oder bewußt teilnehmen, um so weniger wissen die Deutschen, daß sie ihre Freiheit nicht dank, sondern trotz der 68er bewahrt und gefestigt haben. Diese aber haben gewiß viel Spaß dabei, wenn sie derweil singen:

"Bullenputzer war der Vater im Frankfurter Staatstheater, heute sitzt er mit Genossen in den schweren Staatskarossen".

Der deutsche SPD-Politiker Wolfgang Thierse (von 1998-2005 Bundestagspräsident) erklärt in einer Rede am 27. Januar 2001 (x354/94): >>... Wie kein anderer Name steht Auschwitz für eine Schuld, die nicht vergeben werden kann und die nie vergessen werden darf. Wenn diese Schuld auch nicht übertragbar ist - die Verantwortung, die daraus erwächst, ist sehr wohl übertragbar. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, daß die Vergangenheit stets als Mahnung präsent bleibt. Die Verbrechen der Nationalsozialisten sind einzigartig. Wir müssen dafür sorgen, daß sie es für immer bleiben.<<

29.01.2001

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (5/2001) berichtet am 29. Januar 2001 über die linksradikale Vergangenheit der "grünen" Minister Joschka Fischer und Jürgen Trittin in den sechziger und siebziger Jahren: >>**Die verlorene Ehre der Apo**

Die linksradikale Vergangenheit der grünen Minister Joschka Fischer und Jürgen Trittin hat die halb vergessenen sechziger und siebziger Jahre der Republik plötzlich zum Politikum gemacht. Doch rechte Räuberpistolen und linke Lebenslügen verstellen den Blick auf die wilde Epoche nach 1968.

Es gibt Argumente, die können verletzen wie ein Farbbeutel, dessen Aufprall einem das Trommelfell zerfetzt. Wenn jemand Joschka Fischers rabiate Straßenkampf-Aktionen in den Siebzigern "irgendwo zwischen Faschismus und Neonazis" einordnet, kriegt der einstige Linksradikale vor Schmerz und Wut "solch einen Hals".

Der böse Vergleich mit rechten Rabauken schallt dem zweitwichtigsten Politiker der drittmächtigsten Industrienation entgegen, seit jene Fotos aus dem Jahre 1973 aufgetaucht sind, auf denen der schwarz behelmte Streetfighter Fischer, damals knapp 25, auf einen zu Boden gerissenen Polizisten einprügelt (SPIEGEL 2/2001).

Seither wird in Parteiveranstaltungen und Parlamenten, in Talkshows und Kneipen erbittert darüber debattiert, ob ein Mann Minister bleiben darf, der in gar nicht mal allzu jungen Jahren unzweifelhaft Gewalt gepredigt und geübt hat - wemgleich er später deutlich auf Distanz zur Militanz gegangen ist.

Die politischen und moralischen Dimensionen dieser Frage wurden deutlich, als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) den Außenminister mit dem Argument zu verteidigen versuchte, es sei schließlich ja auch "vorstellbar", daß einer der gewalttätigen Neonazis von heute "in 20 Jahren", nach politischer Läuterung, in Berlin als Minister vereidigt wird.

Aus Sorge, braune Ausländerfeinde könnten sich auf die Prügel-Vergangenheit des grünen Außenministers berufen, forderte als Erster der jüdische Bundeswehr-Historiker Michael Wolffsohn den Rücktritt Fischers.

Beifall wiederum zollten dem Minister falsche Freunde, die beflissen jene Straßenmilitanz rechtfertigten, die Fischer selbst seit langem ablehnt. Beistand kam allerdings auch von gänzlich anderer Seite: Der einstige CDU-Scharfmacher Heiner Geißler, 70, nahm den "vom Saulus zu Paulus" gewordenen Grünen in Schutz - womöglich weil er sich eigener Jugendsünden erinnerte: Als 22-jähriger Jesuiten-Zögling war Geißler nach eigenen Angaben "in der Logistik" der Südtiroler Nationalisten tätig; die "Bumser" wehrten sich mit Anschlägen gegen eine italienische Überfremdung ihrer Alpenheimat.

Während die FDP erwog, einen Untersuchungsausschuß zur Klärung von Fischers Vergangenheit zu beantragen, bescherte die Debatte dem grünen Star zunächst nur einen kleinen Knick in der Popularitätskurve - er sackte auf der Beliebtheitsskala von Platz eins (vor Schröder) auf Platz zwei (hinter Schröder). Der Kanzler zeigte sich dennoch alarmiert. Denn die Berliner Koalition, so weiß Schröder, ist kaum denkbar ohne seinen grünen Vize - der nun täglich mit neuen Enthüllungen über Brandflaschen-Einsätze oder Terroristenkontakte rechnen muß.

Schröders Sorgen wuchsen, als Anfang vergangener Woche auch noch sein grüner Umweltminister Jürgen Trittin in die Schlagzeilen kam: Vorwürfe, der einstige Maoist habe sich nicht eindeutig genug von einem Pamphlet distanziert, in dem 1977 ein Göttinger Student (Pseudonym: "Mescalero") "klammheimliche Freude" über den RAF-Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback gestand, machten auch die linksradikale Phase im Leben Trittins zum Tagesthema.

Von den Schlagschatten ihrer Vergangenheit sehen sich die Grünen-Promis nun permanent verfolgt - so etwa, als Fischer im Prozeß gegen einen langjährigen Kampfkumpanen, den wegen dreifachen Mordes angeklagten Opec-Attentäter Hans-Joachim Klein, 53, gehört wurde.

Als Fischer, beschützt von sechs Leibwächtern, das Gerichtsgebäude verließ, verteilten CDU-Junioren ein Flugblatt mit zwei ganz ähnlichen Fotos: jenem vom Sponti Fischer, der auf den Frankfurter Schupo Rainer Marx einprügelt, und einem, auf dem deutsche Hooligans während der Fußball-WM 1998 den französischen Polizisten David Nivel halb tot schlagen.

Sind solche Vergleiche nichts als Demagogie, gar Ausdruck eines "neuen McCarthyismus", den die "Süddeutsche Zeitung" bereits an die Wand malte - oder doch die im Meinungsstreit statthafte Überspitzung einer Frage, der sich auch ein Fischer stellen muß?

Immerhin: Der Minister selbst ("Ja, ich war militant") hat bereits 1977 über seine Sponti-Einstellung Auskunft gegeben, die sich von der stupiden Gewaltgeilheit der Glatzen von heute tatsächlich kaum abhob. Fischer damals selbstkritisch:

Ich lernte, in der Gewalt zu leben, mit ihr - erfolgreich! - umzugehen und mich psychisch total darauf auszurichten ... Daraus wurde dann leicht die Lust am Schlagen, ein tendenziell sadistisches Vergnügen.

Der mit vergilbten Zitaten geführte Streit über Staatsfeinde von einst, die sich heute als Staatsmänner präsentieren, hat den Deutschen plötzlich und unerwartet eine dritte große Debatte über die Bewältigung ihrer Vergangenheit beschert.

Diesmal geht es nicht um die Nazi- oder die Stasi-Zeit, sondern, delikaterweise, um die Vergangenheit jener, die sich vor einem Dritteljahrhundert selbst als Antifaschisten und teils als Kommunisten verstanden und die Generation ihrer Eltern pauschal mit einem "Nazi-Kontinuitätsverdacht" (Fischer) überzogen haben.

"Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, die wir von unseren Eltern gefordert haben, müssen wir nun selbst vollziehen", hat die niedersächsische Grünen-Landtagsabgeordnete Silke Stokar begriffen: "Für manche mag das schmerzhaft sein."

So stehen nun die späten sechziger und die siebziger Jahre auf der politischen Agenda - halb versunkene Zeiten, die auf viele Deutsche inzwischen "fremder wirken als selbst das Mittelalter", wie die "FAZ" staunte. Kein Wunder: Als der 25-jährige Joseph ("Joschka") Fischer in Frankfurt Putz machte, waren die heute 25-Jährigen noch nicht einmal gezeugt. Und die Älteren, gerade die Aktivsten von einst, leiden an Amnesie, wie der heute 52-jährige Fischer beklagte, als er im Klein-Prozeß nach Brandflaschenwürfen befragt wurde: "Nach 25, 26, 27 Jahren kommen Sie an die Grenzen dessen, was Gedächtnis leisten kann."

Weil zudem der Ausgang der neuen Geschichtsdebatte womöglich über Macht und Mehrheiten in Bund und Ländern mit entscheidet, ist die Gefahr der Geschichtsklitterung naturgemäß groß, wie schon der Auftakt der Kontroverse zeigt: Rechte Räuberpistolen und, mehr noch,

linke Lebenslügen trüben manch einem den Blick auf die ohnehin seltsam nebulös wirkenden Rüpeljahre der Republik zwischen dem Anfang der Ära Kiesinger und dem Anbruch der Ära Kohl.

So zerfließt die Erinnerung an damals zu einer Collage aus disparaten Versatzstücken: weiche Müsli-Typen in lila Latzhosen, aber auch Brutalos in schwarzer Ledermontur; heulende Demonstranten im Knüppelhagel und im Tränengasnebel, aber auch von Molotow-Cocktails entflammte Polizeiuniformen; pazifistische Pfarrer im Talar mit Gandhi-Bildern bei Sitzblockaden, aber auch die Nackedeis in der Jux-"Kommune 1".

Die Unschärfe der kollektiven Erinnerung kommt den Darstellern auf der politischen Bühne zupass, die - je nach Couleur - den Außen- und den Umweltminister (und damit die rot-grüne Koalition) entlasten oder belasten, stabilisieren oder destabilisieren wollen.

Zu diesem Zweck werden in der Debatte, bisweilen nicht ohne Geschick, drei historische Teilabschnitte der Protestbewegung vermengt, die in Wahrheit nur wenig gemeinsam haben.

Da sind, erstens, die späten Sechziger, in denen die Revolte die Modelfarbe Rot bevorzugte - rot wie die Fahnen, die Studenten zum "Ho-Ho-Ho-Tschi-minh"-Stakkato schwenkten; rot wie der Plastikeinband der als Zeitgeist-Accessoire massenhaft verbreiteten "Mao-Bibel"; rot wie das allgegenwärtige Plakat mit Marx-Engels-Lenin und dem Bundesbahnslogan "Alle reden vom Wetter - wir nicht".

Da sind, zweitens, die Siebziger, in denen, nach dem Zusammenbruch der Hochschulrevolte, der Protest zunehmend Schwarz trug - schwarz wie die Fahnen der Anarchos und die "Haßkappen" der verummten Stahlkugelschleuderer an den Bauzäunen von Atomprojekten; schwarz wie die legendären "Baader-Mein Hof-Wagen", jene BMW, mit denen die deutschen Todesschwadronen von Tatort zu Tatort karriolten; schwarz wie die Trauerkleidung beim Begräbnis von Toten aus der Terrorszene, an deren Gräbern die Kombattanten schworen: "Der Kampf geht weiter."

Und da sind schließlich, drittens, die Achtziger, in denen Grün zur Farbe der Wahl wurde - grün wie der damals sprießende Deutschland-Ableger von Greenpeace; grün wie die aufblühende Ökobewegung, die gegen Wasserverschmutzung und Luftverpestung antrat; grün wie die 1980 auf Bundesebene gegründete, bis dahin nur regional vertretene "Anti-Parteien-Partei" der Ex-Sozialdemokratin Petra Kelly.

Rechte Oppositionelle verfolgen nun erkennbar das Ziel, vor allem Jung-Joschkas machohaftes Militanz und seine zeitweise unklare Haltung zur RAF in den Siebzigern als symptomatisch für die gesamte Apo hinzustellen.

Diese Argumentation soll offenbar all jene Reformbewegten diskreditieren, die in den Sechzigern an den Hochschulen zwar oft verbalradikal, aber zunächst durchweg gewaltfrei demonstrierten und sich dann in den Siebzigern zu Hunderttausenden in Dritte-Welt-Projekten oder in der Frauenbewegung, in Bürgerinitiativen oder in demokratischen Parteien engagierten - vorzugsweise, wie Gerhard Schröder, in der SPD.

Die attackierten Grünen parieren die Vorwürfe gegen ihren Außenminister, indem sie die Krawalljahre der Frankfurter Spontis "einbetten" (Fischer) in den 68er Aufbruch - und damit die weithin positiv besetzten Motive der Studentenbewegung fälschlich auch für die rüden Schlägertrupps in Anspruch nehmen. Er sehe die Streetfighter-Jahre, brüstete Fischer sich im Klein-Prozeß, als Teil der "Freiheitsrevolte" von 1968, sich und seine einstigen Genossen als "Unterdrückte".

Ganz ähnlich argumentierte Fischers langjähriger Mitstreiter und Mitbewohner, der Pariser Revolutionspraktiker Daniel Cohn-Bendit. Die Union, so der Ex-Sponti in einem Rundfunkdisput, versuche, "die deutsche Geschichte umzudrehen", wenn sie Joschka als "Täter" hinstelle: "Wer ist ermordet worden auf den Straßen von Berlin? Benno Ohnesorg, bevor irgendein Student überhaupt was getan hat."

Der grüne Europaabgeordnete vernachlässigte, daß zwischen dem Tod des Studenten Ohne-sorg am Rande der Berliner Anti-Schah-Demonstrationen 1967 und den Brandbombenwürfen der Frankfurter Spontis auf Polizisten im Jahre 1976 nahezu ein Jahrzehnt lag. Die Protestbewegung an den Hochschulen war zu diesem Zeitpunkt längst zusammengebrochen, Terrorgruppen, allen voran die RAF, aber hatten bereits serienweise Gewaltverbrechen verübt.

Eine politische Nebelkerze schleuderte auch Rezzo Schlauch, als er im Bundestag den Eindruck erweckte, Fischers Streetfighter hätten mit Mollies und Pflastersteinen gegen Restauration und Faschismus gekämpft. "Sie tun so, als ob wir schon damals ein weltoffenes Land gewesen seien", warf der Grünen-Fraktionschef der Opposition vor: "Das war mitnichten so."

Schlauch übergang, daß Fischer mit seiner "Putzgruppe" keineswegs in der Amtszeit des Ex-NSDAP-Parteigenossen Kurt Georg Kiesinger operierte, als in Deutschland tatsächlich noch der "Muff von 1.000 Jahren" (Studentenslogan) waberte. Die Benzinbomben gegen Polizeibeamte flogen mehr als sechs Jahre nach der Regierungsübernahme durch Willy Brandt.

Der Sozialdemokrat hatte bei seinem Amtsantritt 1969 "mehr Demokratie" versprochen und mit seiner "Politik der kleinen Schritte" den Abbau der Ost-West-Spannungen eingeleitet. Mit seinem historischen Kniefall am Warschauer Ghetto-Denkmal wollte der einstige Emigrant der Welt überdies signalisieren, daß die Ära der Tabuisierung nationalsozialistischer Schuld in Deutschland überwunden war.

Der Frankfurter Streetfighter Fischer, urteilte vergangene Woche der aus Hessen stammende FDP-Chef Wolfgang Gerhardt, habe folglich nicht gegen die Reaktion, sondern gegen Willy Brandt (und dessen Nachfolger Helmut Schmidt) gekämpft.

Auch die rot-grüne "taz" sieht in Fischer weder einen klassischen noch einen typischen Acht-und-sechziger: Er war, so das Blatt, "zur Zeit der Studentenrevolte dem Knabenalter gerade erst entwachsen", die meisten seiner jüngeren Mitstreiter "konnten Rudi Dutschke allenfalls in der "Tagesschau" sehen, und das auch nur, wenn die Eltern sie nicht schon vorher ins Bett geschickt hatten".

Politisch hatte der Schulabbrecher und Autodidakt Fischer nicht allzu viel gemeinsam mit der Masse der Jungakademiker, die Jahre zuvor für die Demokratisierung der Gesellschaft auf die Straße gegangen waren.

Während die Außerparlamentarische Opposition (Apo) der Sechziger gegen Notstandsgesetze und Pressemonopole demonstrierte, für Hochschulreformen stritt und die Differenz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit beklagte, hatten die "Bullenklatscher" um Fischer ("Ich war Revolutionär und kein Demokrat") für den bürgerlichen Rechtsstaat auch in den sozialdemokratischen Siebzigern nur Spott übrig. Typische Parole jener Jahre: "Legal, illegal, scheißegal".

Verstimmt über die Verzerrung des Vergangenen in der aktuellen Diskussion, meldete sich ein kundiger Zeitzeuge zu Wort. Der in England lebende Soziologe Lord Ralf Dahrendorf, der am Rande des Freiburger FDP-Parteitags 1968 durch ein öffentliches Streitgespräch mit Rudi Dutschke Aufsehen erregt hatte, sah Anlaß, "die 68er vor den 70ern in Schutz" zu nehmen.

Nach der "verständlichen Revolte in einer verfahrenen Situation", wie Dahrendorf die 68er Unruhen charakterisierte, seien Teile der Bewegung in den Siebzigern schlichtweg "der Gewalt als Gewalt verfallen". Daher sei es unzulässig, "mit den 68er-Argumenten" Fischers "Mitte-der-70er-Aktionen" zu verteidigen.

Das heiße im Übrigen nicht, stellte der Liberale klar, "daß Fischer nicht Außenminister sein kann". Allerdings: "Wenn er Justizminister wäre oder Innenminister, wäre das etwas ganz anderes."

Die im Axel Springer Verlag erscheinende "Welt", die das Dahrendorf-Interview veröffentlichte, präsentierte den Text als "Ehrenrettung der 68er vor den Fischers dieser Welt" - was bei manchem Apo-Opa die Erinnerung an jene Zeit belebte, als die Blätter des Springer-

Konzerns sich um die Ehre der 68er noch einen Dreck kümmerten.

Die haßerfüllte Berichterstattung über die Studenten (Leseprobe: "Laßt Bauarbeiter ruhig schaffen, kein Geld für langbehaarte Affen") löste 1968 die bundesweiten Osterdemonstrationen gegen den Springer-Verlag aus. Dessen Hetztiraden gegen den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) waren von vielen Studenten für die Schüsse des verwirrten Anstreichers Josef Bachmann auf den SDS-Sprecher Rudi Dutschke verantwortlich gemacht worden.

Der Mordversuch setzte lange angestaute Empörung über den erstarrten Staat jener Tage frei: Verdruß über die Hochschulen, die sich weigerten, die NS-Belastung von Professoren zu thematisieren; Zorn über die Pläne der Bonner Regierung, für den Fall des "inneren Notstands" Bürgerrechte abzuschaffen; Wut auf den Bündnispartner USA, der daheim die Farbigen diskriminierte und draußen in Vietnam einen dreckigen Napalmkrieg führte.

Vor allem aber trug eine maßlos dreinknüppelnde Polizei zur Radikalisierung bei. "Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, dann müssen wir in die Mitte hineinstecken, damit sie an den Enden auseinander platzt" - so hatte der Berliner Polizeipräsident Erich Duensing seine Einsatztaktik für den Schah-Besuch am 2. Juni 1967 beschrieben, bei dem überdies persische Geheimpolizisten mit langen Schlagstöcken auf die Studenten einprügelten.

Nach den Osterunruhen von 1968 schilderte der Mainzer SDS-Vorsitzende Klaus Ahlheim die Wechselwirkung von Gewalt und Gegengewalt, die durch die Knüppelinsätze ausgelöst wurde und die sich im darauf folgenden Jahrzehnt bis zum schieren Wahnwitz hochschaukeln sollte:

Keiner hatte die Absicht, Steine zu werfen. Aber als die Knüppel kamen und die Pferde, als man Leute ohnmächtig sah und Angstschreie hörte, haben junge Leute in blinder Wut Brocken aus dem Rasen gerissen und nach Steinen gesucht.

Als die ersten Apo-Splittergruppen in die Militanz abglitten und Tötungspläne ausbrüteten, trug die Springer-Presse dazu bei, daß frühe Warnungen nicht ernst genug genommen wurden. Zu oft hatten diese Blätter zuvor blinden Alarm ausgelöst - indem sie etwa einen geplanten Puddingwurf des Szene-Clowns Fritz Teufel auf den US-Vizepräsidenten Hubert Humphrey aufbauschen zum angeblich beabsichtigten "Bombenanschlag".

Als von Ende 1968 an immer wieder Bomben- und Sprengstofffunde bei linken Anarchos publik wurden, hielt ein Großteil der friedlich demonstrierenden Apo-Anhänger auch diese Darstellungen für Produkte aus den Fälscherwerkstätten von "Staatsschutzbullen" und "Schweinejournalisten".

Spätestens als ultralinke Splitter nicht länger nur "Gewalt gegen Sachen" rechtfertigten (wie die Frankfurter Kaufhaus-Brandstiftung 1968 durch Andreas Baader und Gudrun Ensslin), sondern offen "Gewalt gegen Personen" propagierten, beschleunigte sich der Differenzierungsprozeß innerhalb der Neuen Linken.

Doch selbst nachdem sich die ursprünglich pazifistisch eingestellte Journalistin Ulrike Meinhof nach der blutigen Befreiung des Brandstifters Baader 1970 aus der Haft ("Natürlich kann geschossen werden") in den Untergrund abgesetzt hatte, war die Einstellung zur Gewalt bei vielen noch immer ambivalent.

"Verstecke ich Ulrike Meinhof, wenn sie an meiner Tür klingelt?" - das war, wie sich der sozialdemokratische Ex-Staatssekretär Günter Gaus, 71, erinnert, "die wesentliche Frage, die meinesgleichen meines Alters sich damals stellte". Später teilten viele Liberale die schrille Kritik, die "Folterkomitees" an unmenschlichen Haftbedingungen für RAF-Täter übten.

In weiß gestrichenen Einzelzellen litten die Isolierten, wie in- und ausländische Gutachter bescheinigten, an "sensorischer Deprivation" (Entzug von Sinneseindrücken). Ulrike Meinhof beschrieb die Tortur am 231. Tag ihrer Haft in Köln-Ossendorf:

Zerreißwolf - Raumfahrtsimuliertrommel, wo den Typen durch die Beschleunigung die Haut plattgedrückt wird - Kafkas Strafkolonie - pausenloses Achterbahnfahren.

Die Sympathien der Salonlinken im bürgerlichen Milieu, dem auch die Meinhof entstammte, schwanden allerdings (nahezu) im selben Maße, in dem sich die "antikapitalistischen" Kapitalverbrechen häuften. Am Ende erschienen die Tattaten der RAF auch dem um ein Höchstmaß an Verständnis bemühten Schriftsteller Heinrich Böll nur noch als aberwitziger Kampf der "6 gegen 60 Millionen".

Besonders lange hielt die Bewunderung für die Mörder mit dem MPI-Emblem in zwei politischen Lagern an, deren heute prominenteste Exponenten dem Kabinett Schröder angehören:

- Die sogenannten K-Gruppen, denen Jürgen Trittin entstammt, waren ein Konglomerat untereinander zerstrittener, latent gewaltbereiter kommunistischer Sekten, deren Binnenleben weitgehend von Dogmatismus und Psychoterror geprägt war - eine maoistische Spielart religiöser Jugendsekten.

- "Sponti"-Cliquen wie der "Revolutionäre Kampf", Heimat von Joschka Fischer und Vorläufer der späteren "Autonomen", trainierten in einer Art Wehrsportgruppe verkrachte Studenten und entsprungene Heimzöglinge für Straßenschlachten mit der Polizei - und dienten dem terroristischen Untergrund als Rekrutierungsfeld.

Beide Zweige, Spontis wie K-Gruppen, wurzelten in den Trümmern der alten Apo. Der SDS war bereits Ende '68 zerbrochen an dem "Dilemma, daß die antiautoritäre Revolte die eigene Organisation zerstört", wie Redner Bernd Rabehl auf einer der letzten Delegiertenkonferenzen ins Mikro sprach. Durch den Saal flatterten Flugblätter mit der blaßblauen Aufschrift "Ffffruuustrationnnnnn ... Es ist fuern Arsch."

An den Hochschulen fiel die Revolte in sich zusammen, nachdem im November 1968 Demonstranten bei einer Steinschlacht am Tegeler Weg in Berlin 130 Polizisten verletzt hatten; Anlaß war ein Ehrengerichtsverfahren, das dem Anwalt Horst Mahler wegen seiner Demonstrations- und Prozeßauftritte drohte. Die Friedfertigen skandierten fortan "Kei-ne Stei-ne!" oder "Molotow ist doof" und wandten sich ab.

Zurück an der Front blieben Militanzprediger wie Daniel Cohn-Bendit ("Wir brauchen eine Offensive der Gewalt") und der spätere RAF-Täter Mahler. Der Jurist hatte 1968 an die Apo appelliert, im revolutionären Kampf auch Tote einzukalkulieren, so wie jeder Autofahrer damit rechnen müsse, "daß ein Reifen platzt". Heute - the times they are a-changin' - ist Mahler einer der Chefideologen der NPD. Jüngst hat die Strafverteidigervereinigung ihn daher ausgeschlossen.

"Schmeißt auf Bürokraten Eierhandgranaten", "Macht kaputt, was euch kaputt macht" - in diesem Meinungsklima formierten sich in den späten Sechzigern vor allem in den Großstädten geheim ("klandestin") operierende Grüppchen, für die Gewalt gegen Menschen nicht tabu war, ganz im Gegenteil.

"USA, SA, SS", "Schafft zwei, drei, viele Vietnam", "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" - nach der kruden Logik solcher Parolen war jeder Steinwurf auf einen Wachtmeister zugleich ein antifaschistischer Widerstandsakt, jeder brennende Streifenwagen zugleich ein Sieg im Volkskrieg, jeder Brandsatz in einem US-Konsulat zugleich ein Denkmittel für die bürgerlichen Täter-Väter - Venceremos!

Da half nicht mehr, daß sich geistige Väter der Revolte wie der Soziologe Jürgen Habermas vom "Linksfaschismus" der Brandflaschenfraktion absetzten. Andere Geistesgrößen sprangen den Stadtkriegern bei - bis schließlich sogar Jean-Paul Sartre 1974 den RAF-Häftlingen in Stammheim eine Visite abstattete.

Zunächst fast unmerkbar hatte die Gewaltspirale auch in Frankfurt zu rotieren begonnen. Anfangs versuchten die dortigen Spontis vergebens, die Arbeiterschaft in Großbetrieben wie Opel zu agitieren. Dann "befreiten" sie Jugendliche aus geschlossenen Erziehungsheimen wie im hessischen Staffelberg.

Die Schwererziehbaren ergriffen begeistert Besitz von den Stuck-Altbauten, die Linke im

"Häuserkampf" gegen die Kahlschlagpläne der rechten Frankfurter SPD besetzt hatten, erfreuten sich der Zuwendung tabuloser Jungakademikerinnen und ließen sich von den obercoolen Schlauköpfen aus dem "Häuserrat" erklären, wie man Bambule macht, "damit der Staat endlich seine blutigen Krallen zeigt".

Fischer selbst reimte im Kampf gegen die Bauspekulation und die Abrißpläne der Frankfurter Beton-SPD: "Jeder Stein, der abgerissen, wird von uns zurückgeschmissen." Wer widersprach, wurde ausgepiffen und niedergemacht - wie der Jungsozialist Karsten Voigt (heute SPD-Außenpolitiker), der an einer der ersten Hausbesetzungen teilgenommen und polizeiliche "Überreaktionen" kritisiert hatte, jedoch Fischers "Spielerei mit Gewaltaktionen" strikt ablehnte. Die Militarisierung der Sanierungsgegner, warnte Voigt, "provoziert nur die Reaktion". Fischer putzte den Juso daraufhin vor versammelter Mannschaft runter:

Ich spreche hier für die Genossen, die in den letzten Tagen gewöhnlich als Politrocke bezeichnet wurden. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder wir entscheiden uns für einen Reformismus, der letztendlich die Praxis des Kapitals darstellt, oder für das, was als Aktionen von Politrockern diffamiert wird.

Maoisten aus den eher akademisch geprägten K-Gruppen (das K stand für kommunistisch) umwarben unterdessen mit Propagandertexten für Massenmörder wie Stalin all jene, denen die von Ost-Berlin gelenkten und bezahlten poststalinistischen "DKPisser" zu angepaßt waren und die über friedliche "Latschdemos" und linke "Liberallalas" höhnten. Die verbiesterte Entschlossenheit, sich von niemandem irgendwo auf der Welt jemals links überholen zu lassen, führte bei den Partei-Chinesen zu immer neuen Zellteilungen und zu immer skurrileren Forderungen.

"Verlangten etwa die Gewerkschaften für eine werdende Mutter die Freistellung drei Monate vor der Niederkunft, dann forderte der KB vier Monate und der KBW sechs Monate - und die völlig lebensfremde KPD-ML neun Monate vor der Geburt", erinnert sich der Zeitzeuge Michael Schwelien in seiner brillanten Joschka-Fischer-Biographie.

Das absurde Ende des Marsches von Linksaußen nach Linksdraußen markierte 1978 eine Kambodscha-Reise, bei der Hans-Gerhart ("Joscha") Schmierer, seines Zeichens Sekretär des Zentralkomitees im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), den blutrünstigen Steinzeitkommunisten Pol Pot besuchte und bejubelte. "Der kurze Flirt mit den Roten Khmer", erinnert sich der ehemalige Schmierer-Mitstreiter Gerd Koenen, sei für den KBW "so etwas wie der Todeskuß" gewesen, "den wir vielleicht unbewußt herbeigesehnt hatten". (Joscha Schmierer sitzt heute im Planungsstab von Joschka Fischers Auswärtigem Amt.)

Gemeinsam war Spontis und K-Grüpplern die, gelinde gesagt, zwiespältige Haltung zur Gewalt. Viele der Maoisten, die auf Bauplätzen von Atomanlagen mit Steinen und Stahlkugeln die militärische Auseinandersetzung mit Polizei und Bundesgrenzschutz suchten, hielten die Mordstrategie der RAF höchstens für "untauglich, aber eben nur für untauglich, nicht für unerlaubt", wie einer von ihnen 1977 im SPIEGEL bekannte.

Der Kommunistische Bund (KB) in Göttingen, in dem Trittin als Ideologe aktiv war, begründete in seiner "Roten Tribüne" unter Hinweis auf Marx das parteiamtliche Nein zur RAF und das grundsätzliche Ja zur Gewalt mit den Worten:

Die Marxisten betonten stets, daß sie Anhänger der Gewalt seien und in ihr einen revolutionären Faktor sähen ... Die Marxisten sprachen sich für den Massenterror aus, aber sie sagten: Die Ermordung dieses oder jenes Ministers ändert an der Sache nichts.

Die Frankfurter um den "Spontifex maximus" Cohn-Bendit und dessen Bewunderer Fischer sahen in den RAF-Killern einerseits Konkurrenten, die immer mal wieder einen der Ihren abzuwerben versuchten, andererseits aber auch "Genossen", die Anspruch auf Solidarität und Unterstützung hatten.

Über die Haltung des Sponti-Duos Cohn-Bendit/Fischer zur Gewalt urteilt der Soziologiepro-

fessor Oskar Negt, einst Kopf des "Sozialistischen Büros" in Offenbach, mit bitterböser Ironie: "Sie selbst haben wahrscheinlich nie erkennbar Steine geworfen, es aber doch bewundert, wenn andere den Mut aufbrachten, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen und (bedauerlicherweise, selbstverständlich) manchmal auch trafен."

Reden, die Fischer 1976 gehalten hat, erinnern an die Schwierigkeiten des kühlen K-Grüppers Trittin, sich frühzeitig und eindeutig vom kaltschnäuzigen Ton des "Mescalero"-Artikels zum "Abschuß" von Buback zu distanzieren - einem pietätlos formulierten Text, der jedoch mit einem Aufruf zur Abkehr von der RAF-Gewalt endete. Fischer schwankte unterdessen lange Zeit, so Negt, zwischen "vorsichtiger Distanzierung" und "Nicht-Distanzierung" von der Militanz.

Nach dem Selbstmord Ulrike Meinhofs im Mai 1976 - der die Ermittler die Mitverantwortung für 5 Morde und über 50 Mordversuche anlasteten - erklärte Fischer öffentlich, die RAF-Gründerin sei "von der Reaktion in den Tod getrieben, im wahrsten Sinne des Wortes vernichtet" worden.

Vermummte Unbekannte setzten am Tag nach dem Meinhof-Tod bei einer Demonstration Molotow-Cocktails ein. Der Polizist Jürgen Weber, 23, wurde dabei so schwer verletzt, daß er einen Kollegen anflehte, er möge ihn erschießen; Weber schwebte tagelang in Lebensgefahr. Noch heute hält der Beamte den Sponti-Ideologen Fischer, die laut Eigeneinschätzung "zentrale" Figur der gewaltlüsternen Szene, für "moralisch" verantwortlich.

Zu jener Zeit schwante dem Ober-Sponti offenbar, daß die Strategie der Stadtguerilla letztlich zur Selbstzerstörung führen werde. Im Juni 1976 erkannte er immerhin:

Je isolierter wir politisch wurden, desto militärischer wurde unser Widerstand, desto leichter wurden wir isolierbar, desto einfacher war es für die Bullen, uns von "Politrockern" zu "Terroristen" umzustempeln.

Dennoch war Fischer auch in dieser Rede noch immer nicht bereit, einen klaren Trennstrich zu ziehen - sei es aus taktischen Erwägungen, sei es aus Feigheit vor den Freunden aus dem Gewaltmilieu. Er forderte die RAF zwar auf, "Schluß zu machen mit diesem Todestrip", fand anschließend aber Formulierungen, die nach dem Urteil des Kongreßveranstalters Negt "alles in der Schwebe" hielten:

Wir können uns aber auch nicht einfach von den Genossen der Stadtguerilla distanzieren, weil wir uns dann von uns selbst distanzieren müßten, weil wir unter demselben Widerspruch leiden, zwischen Hoffnungslosigkeit und blindem Aktionismus hin- und herschwenken.

Warum es Fischer ("Ich war nie ein Pazifist") so schwer fiel, von der Gewalt loszukommen, hat er selbst später wiederholt zu erklären versucht - mal zerknirscht, mal kokett. "Glück" und "Stolz (jawohl, Stolz)" hätten ihn erfüllt, wenn er es mal wieder den "Schweinen ... erfolgreich gezeigt" hatte.

In einem "Playboy"-Interview führte er die "Faszination der Gewalt" auf "diese Männlichkeitsrituale, Mutrituale" zurück: "Die Atmosphäre war schon toll, wenn man wußte, daß es gleich losgeht."

Sogar noch im finstersten "Deutschen Herbst" 1977, nach den Serienmorden an Buback, Ponto und Schleyer, war Fischer mit sich uneins: "Bei den drei hohen Herren mag mir keine rechte Trauer aufkommen, das sage ich ganz offen für mich." Dennoch schwand nun allmählich seine Zuneigung zu politischer Gewalt - zumal sich die Frauen in seinem Umfeld kritischer denn je über die Militanten äußerten, denen es mittlerweile gelungen war, die gesamte deutsche Linke zu diskreditieren.

Anfang der Siebziger hatten die Genossinnen über Gewalt noch ganz anders gedacht. Wenn es damals in der Szenekneipe über jemanden hieß: "Ei, der is doch in der Putzgrupp", dann war er, wie Fischer-Biograf Schwelien schreibt, "für den Abend der Größte und mußte bestimmt nicht allein nach Hause gehen".

Nach der Mordserie aber war der Terrorismus auch bei den Groupies der Revolution plötzlich out. "Die Frauen in der Szene", erinnert sich der Womanizer Fischer, hätten ihm vorgehalten: "Das ist Machismus (Männlichkeitswahn), Gewaltkult". Das habe ihn "nachhaltig beeindruckt".

Für Fischer persönlich begann 1978 eine bleierne Zeit - für ihn waren "die revolutionären Träume ausgeträumt", er lebte in einer Männer-WG, chauffierte als Taxifahrer Betrunkene durch Sachsenhausen und verkaufte in einem Antiquariat namens "Karl Marx" Bücher, die irgendwelche Jemande per "Einklaunen" (Schwelien) beschafft hatten. Ende 1978 jammerte Fischer im Alternativblatt "Pflasterstrand":

"Die Perspektivlosigkeit, das Rumhängen, das Nicht-wissen-was-Tun wird immer unerträglicher."

Die neue Umweltbewegung ließ ihn zunächst kalt - Unken über die Straße zu tragen war weniger "sexy" als sogenannte Bullen über die Straße zu jagen. "Seien wir doch mal ehrlich", beschrieb Fischer seine "Politik in der ersten Person", "wer von uns interessiert sich denn für die Wassernotstände im Vogelsberg, für Stadtautobahnen in Frankfurt, für Atomkraftwerke irgendwo, weil er sich persönlich betroffen fühlt?"

Das Desinteresse der Spontis an den grünen "Ökospießern" - die sich im Januar 1980 in Karlsruhe ohne Fischer als Bundespartei konstituierten - änderte sich schlagartig, nachdem die Frankfurter Grünen bei der Rathauswahl ein Jahr später auf Anhieb 6,4 Prozent erobert hatten: Die frustrierten Häuptlinge der bankrotten Sponti-Bewegung begriffen, daß der Weg zur Macht durchs Grüne führte; überdies winkten Diäten und Staatsknete aus der sogenannten Wahlkampfkostenerstattung.

Erst anderthalb Jahre nach der Parteigründung trat Fischer ein - dann aber mit Karacho, mitsamt seiner "Fischer-Gang", wie seine Sponti-Truppe bald von den Altgrünen um die Radikal-Ökologin Jutta Ditfurth genannt wurde. In ihrem jüngsten Buch beschreibt Ditfurth die "feindliche Übernahme" der Partei durch die Neulinge: "Eine erfahrene Schlägertruppe mit alternativem Gehabe und ohne Skrupel traf auf eine ziemlich naive, basisdemokratische Partei mit offenen Strukturen."

Über die Vorgehensweise der Fischer-Gang urteilte die Szene-Kennerin und frühere Cohn-Bendit-Freundin Barbara Köster: "Es entsteht etwas, sie müssen den Fuß reinkriegen, und dann müssen sie's übernehmen, und dann ist es kaputt, weil es keinen Inhalt mehr hat."

Es kam, wie es kommen mußte: Mit Masseneintritten und Geschäftsordnungstricks stellte die machtfixierte Fischer-Gang rasch die Gründungsgrünen um Ditfurth kalt, die sich als "Fundis" abgestempelt sahen, weil sie zunächst die Rolle der parlamentarischen Opposition ansteuern wollten. Fischers "Realo-Spontis" hingegen peilten - während Willy Brandt eine "neue Mehrheit diesseits der Union" ansteuerte - einen möglichst raschen Eintritt in die Wiesbadener Landesregierung an.

Mit Erfolg: Am 12. Dezember 1985 wurde Fischer Umweltminister im Kabinett des Sozialdemokraten Holger Börner, dem die FDP auf Grund ihrer Bonner Rechtswendung als möglicher Koalitionspartner abhanden gekommen war. Zum Amtseid trat Fischer in weißen Turnschuhen an, die er sich tags zuvor eigens für diesen Zweck gekauft hatte (und die heute im Ledermuseum in Offenbach ausgestellt sind).

Zu verdanken hatte Fischer seine Blitzkarriere - ebenso wie viele andere Erfolge auf seinem langen Weg ins Vizekanzleramt - nicht zuletzt kampferprobten Bündnispartnern: Aus ähnlichen Motiven wie die ehemaligen Hausbesetzer aus der Sponti-Szene hatten um 1980 herum die militanten Bauplatzbesetzer aus den K-Gruppen die neue grüne Partei besetzt.

Zu den K-Kadern, denen Fischer in der Umweltpartei begegnete, zählen, neben seinem Kabinettskollegen Trittin, viele andere Ex-Maoisten, die es mit Hilfe der Grünen weit gebracht haben - bis hinauf zur Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer, 57, die früher der KPD/AO

angehörte; statt "AO" (Aufbauorganisation) sagte die Konkurrenz penetrant "A-Null". Zu Dutzenden sitzen einstige K-Grüppler für die Grünen noch immer in Landtagen und Kommunalparlamenten. Dort arbeiten sie Seite an Seite mit Abertausenden einstiger Apo-Mitstreiter, die sich in den Siebzigern auf der Direttissima den demokratischen Parteien zugewandt haben - ohne zuvor eine Irrfahrt durch die extreme Schläger- und Sektiererszene zu absolvieren.

Radikaldemokratische Jungdemokraten etwa, beflügelt vom 68er-Geist und verschrien als "Rote Garde", enterten die damals noch nationalliberale FDP, attackierten den rechten Parteichef und Ritterkreuzträger Erich Mende und unterstützten - "Nach Mendes Ende jetzt die radikale Wende" - die ostpolitischen Reformvorstellungen seines Nachfolgers Walter Scheel.

Die Jungdemokraten halfen so, die FDP reif zu machen für den Eintritt in die sozialliberale Koalition von 1969. Zu den prominentesten zählten Gerhart Rudolf Baum (später Innenminister) und Günter Verheugen (heute, nach seinem Wechsel in die SPD, EU-Kommissar in Brüssel).

Die SPD erlebte unterdessen einen Rekordzuwachs an Mitgliedern - rund eine Viertelmillion allein zwischen 1968 und 1973. Von der 68er-Schwemme profitierten vor allem die Jungsozialisten (Jusos), die sich weniger als Jugend- denn als linke Richtungsorganisation verstanden und siegesbewußt von sich behaupteten: "Wir sind die SPD der achtziger Jahre."

Mit bisweilen ruppigen Methoden drängten die Jusos, darunter viele Junglehrer und Jungsemester, in den rund 9.000 SPD-Ortsvereinen die müde gewordenen Veteranen der Arbeiterbewegung an den Rand. Die Reformer, allesamt Linke rechts von der Gewalt, entwarfen eine "Doppelstrategie" zur Kooperation von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition - vor allem mit den vielen tausend neuen Bürgerinitiativen, die, auch eine Folge des Apo-Aufbruchs, überall gegen Kahlschlagsanierungen und Straßenbahn-Tariferhöhungen, für Kindergärten und selbstverwaltete Jugendzentren mobil machten.

Damalige Parteijunioren wie der heutige Finanzminister Hans Eichel, 59, oder Hannovers Dauer-Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, 57, zählten zu den Autoren einer rebellischen Denkschrift ("Kommunalpolitik - für wen?"). Das ziemlich konkrete Utopie-Papier verlangte den Altgenossenklüngeln in den Rathäusern eine stadtpolitische Kehrtwendung und den Neumitgliedern das Bohren harter, alter Bretter in Kreistagen und Stadträten ab.

Die meisten Jusos verstanden sich zugleich als Teil der Apo. "Ich bin unter dem Wasserwerfer aufgewachsen", erinnert sich die Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul, 58, die 1974 Juso-Bundesvorsitzende wurde und sich den Beinamen "Rote Heidi" erwarb. Ihr heutiger Kabinettschef Gerhard Schröder, damals junger Anwalt in Hannover, eroberte 1978 den Vorsitz der Jusos - Sprungbrett für eine Karriere ohnegleichen.

Ebenso machtbewußt wie taktisch versiert, hatte sich der heutige "Genosse der Bosse" ("Weltwoche") damals mit Revoluzzervokabular den widerstreitenden Flügeln der SED-nahen "Stamokaps" und der gemäßigten "Reformer" als "antirevisionistischer" Kompromißkandidat verkauft. "Er hat erkannt", erinnert sich ein Weggefährte, der frühere niedersächsische Kultusminister und Professor Peter von Oertzen, "daß er bei den Jusos nur mit einer linksradikalen Position Macht gewinnen kann. Macht war für ihn immer ein zentraler Wert."

Als Anwalt vertrat der Ober-Juso Atomrebelln vor Gericht - und hielt doch immer zugleich auch ein Stück weit Distanz zu den Radikalsten unter ihnen. "Schröder war leidenschaftlich gegen die Atompolitik, aber immer schon Pragmatiker", differenziert Oertzen: "Utopien? Nicht im Sinne eines ideellen Konzepts."

In Schröders Kabinett sitzt heute, als Glanzlicht, ein weiterer Anwalt, der lange im Feuer zwischen den Fronten stand: Innenminister Otto Schily, 68, verstand sich einst als "liberaler Kommunist" - mit dem vorsichtig dialektischen Hinweis, daß es so etwas ja eigentlich gar nicht gebe. Heute geriert sich Schily, ein unbeirrbarer Advokat des staatlichen Gewaltmono-

pols, der 1989 von den Grünen zur SPD wechselte, bisweilen eher als Neokonservativer. In den Siebzigern wurde der RAF-Verteidiger von der Rechtspresse als "Linksanwalt" geschmäht. Die Terroristen lasteten ihm hingegen an, daß er sich im Gegensatz zu manch anderem Kollegen nicht als Waffen- und Kassiberschmuggler mißbrauchen ließ.

Was die RAF von Schily hielt, geht aus Aussagen hervor, die der Terrorist Michael ("Bommi") Baumann 1973 Stasi-Vernehmern bei einem erzwungenen Zwischenstopp in Ost-Berlin zu Protokoll gab:

Otto Schily vertritt nur aus persönlichen Motiven RAF-Leute und ähnliche, Mahler, Ensslin und mich. Humanist, sehr vornehm, intelligent, auf Distanz bestehend.

Der Ex-Apo-Mann Schily sieht ebenso wie seine Kabinettskollegen mit K-Gruppen- oder Sponti-Vergangenheit bereits eine weitere große Debatte über die Berliner Republik hereinbrechen: den Streit darüber, ob die Jahre 1968 folgende für Deutschland eher ein Fluch oder ein Segen waren.

"Die Opposition versucht, einer ganzen politischen Generation den Prozeß zu machen", glaubt Rezzo Schlauch, 53 - Rache für all die Schmähungen und Demütigungen, die Christunionler erfuhren, als an Universitäten toleranzfreie Zonen entstanden, in denen die struppigen Pullovermänner die sauberen Schlips- und Scheitelträger vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten als Faschos hinstellten, verspotteten und mobbten.

Was hat '68 bewirkt? Otto Schily glaubt, mit ihrem politischen Ansinnen seien die damaligen Revolutionäre "politisch total gescheitert". Als "kulturelle Umwälzung" dagegen hätten die Apo-Jahre "positive Folgen" gehabt.

Weithin unumstritten ist: Die lockeren Zeiten ("Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment") haben dazu beigetragen, das ranzige Sexualstrafrecht mit seinen Kuppelei- und Homosexverboten zu liberalisieren und die Sexualmoral zu verändern. Die Institution Ehe hat dadurch kaum ernstlich Schaden genommen, im Gegenteil: Gerade die heute prominentesten Protestler von einst heiraten je öfter, je lieber - der Kanzler (vier Ehen) ebenso wie sein Vize (vier Ehen).

Billy-Regal statt Schrankwand, Jeans statt Anzug, du statt Sie - die Zahl derer, die solche 68er-Folgen für Errungenschaften halten, überwiegt. Das gilt womöglich auch für die damals eingeleitete neue Ostpolitik und viele kulturpolitische Reformen - von der Abschaffung des schulischen Frontalunterrichts bis zum Abschied von der Ordinarien-Universität.

Zwiespältig muten die Auswirkungen der schwarzen Siebziger an. Die Kriegserklärung der Roten Armee Fraktion an die Gesellschaft war zugleich die Geburtsstunde des Fahndungsstaates, der auf die paramilitärische Herausforderung durch die Ultras mit Polizeiaufrüstung und Sondergesetzen reagierte - die gerade liberalisierte Bundesrepublik war im Begriff, sich zu entliberalisieren.

Überwiegend positive Folgen hatten hingegen die Ökoproteste, die in den Siebzigern aufblühten und in den grünen Achtzigern weiter eskalierten: Wenngleich die Umweltbewegung Schaumkronen von Hysterie trug, wäre es ohne sie kaum gelungen, binnen kurzem das Waldsterben mit Abgas- und Katalysatorvorschriften zu bremsen, die Flußverschmutzung zu stoppen, das Energiesparen zu popularisieren und Deutschland zum Weltmeister in der Disziplin Umwelttechnologie zu machen.

Daß die 68er-Generation stets "gewisse Wahrnehmungseinschränkungen" hatte, wie Schily höflich formuliert, ist allerdings auch unverkennbar.

Manch ein Achtundsechziger war jahrzehntelang fest davon überzeugt, daß US-Raketen grundsätzlich friedensbedrohender seien als SU-Raketen, Atomkraftwerke im Westen gefährlicher als im Osten, der Krieg der Amerikaner in Vietnam empörender als die Intervention der Russen in der Tschechoslowakei oder in Afghanistan. Fleiß, Pünktlichkeit, Sauberkeit galten vielen als tendenziell faschismusverdächtige "Sekundärtugenden".

Wenngleich durch diesen Geist geprägte Lehrer und Juristen eine Zeit lang in die Schulkollegien und Gerichte geströmt sind, ist fraglich, ob für sämtliche Defizite im Erziehungssystem und im Gerichtswesen allein die 68er verantwortlich zu machen sind. Der CSU-Mann Peter Gauweiler hält sogar den Umstand, daß die Rechtschreibfähigkeit der Deutschen seit 1968 abgenommen hat ("doppelt so viele Fehler"), für eine "Langzeitwirkung der Apo".

Mittlerweile plädieren allerdings auch Linke für die Reform manch einer Reform, die sich dem Überschwang des 68er-Aufbruchs verdankt, vom Scheidungs- bis zum Jugendstrafrecht. Auf eine Justiz beispielsweise, die Straftäter nicht ungeschoren davonkommen läßt, setzt mittlerweile auch der geläuterte Steinewerfer Fischer.

Im Mai 1999, beim Kosovo-Sonderparteitag der Grünen, hatte ein Kriegsgegner aus der Autonomenszene dem Kriegsbefürworter Fischer einen blutroten Farbbeutel an den Kopf geschleudert. Der Bellizist (Kriegsbefürworter) erlitt einen Trommelfellriß.

Fischer erstattete Strafanzeige. In der Verhandlung, kurz vor Weihnachten, beantragte der Staatsanwalt sieben Monate Gefängnis auf Bewährung für den sonderbaren 37-jährigen Farbattentäter, der vor Gericht in Frauenkleidern erschien.

Der Richter zeigte sich gnädig und blieb hinter dem Strafantrag zurück: 3.600 Mark Geldstrafe für den Beutelwerfer - wegen "schwerer Körperverletzung in einem minder schweren Fall". Minder schwer als was?<<